



[www.vems.ch](http://www.vems.ch)

# VEMSInsights

Drei vermeintliche Wahrheiten dekonstruiert



Januar 2025

- Die **Sendung SRF-Puls** informiert **faktengetreu** über die Krankheitsprävention – wirklich?
- KI-generierte Behandlungsverweigerung wie bei **United Healthcare** ist bei uns undenkbar – wirklich?
- Die **Charta der Akademien** hilft der **Data-Literacy** im Schweizer Gesundheitswesen – wirklich?

---

## Informiert die **Sendung SRF-Puls** wirklich **faktengetreu** über die Krankheitsprävention?

---

Die SRF-Sendung Puls vom 25.11.2024 [«Vorsorgeuntersuchungen – Welche Checkups machen Sinn?»](#) verspricht Orientierung: «Spätestens ab 50 wird einem eine ganze Palette an Abklärungen empfohlen. Aber welche Checkups machen wann, für wen tatsächlich Sinn?» Beurteilt werden einfache Tests wie das Messen von Blutdruck, -zucker und -fettwerten und aufwändigere wie Grüner Star, Dickdarmkrebs und dann vor allem die Brust- und Prostatakrebs-Vorsorge, welche als umstritten angekündigt wird und deren kritischer Würdigung besonders viel Sendezeit gewidmet wird. Insgesamt keine ausgewogene Information, und sie hat auch einige grobe Verletzungen journalistischer Sorgfaltspflicht, welche wir der [Ombudsstelle gemeldet](#) haben.

Wenn zitierte Autoren aufgrund ihrer fehlerhaften Arbeiten von wissenschaftlichen Gremien ausgeschlossen wurden, dann ist es unredlich, sich auf diese Arbeiten zu beziehen, ohne zu informieren, dass sie umstritten sind. Auch wurde beim «berechnen» des Kosten-Nutzen-Verhältnisses des Mammographie-Scans getrickst, um eine kosteneffektive Diagnostik als ineffektiv erscheinen zu lassen (die [korrekte Berechnung](#) finden Sie hier). Der grösste Mangel der Sendung ist aber der, dass eine umfassende Information zwar versprochen wird, die Prävention der Todesursache Nummer eins aber in gerade mal 40 Sekunden abgehandelt: Herzinfarkt und Hirnschlag. Wenn dann in derselben Sendung bezüglich Prävention von Prostatakrebs argumentiert wird, der betreffende Patient wäre wohl vor Ausbruch des Krebses sowieso an einem Hirnschlag verstorben, dann hat das etwas nachgerade Zynisches.

[SRF muss die Sendung Puls dahingehend ausgestalten, dass die Inhalte wissenschaftlich fundiert sind und dem Informationsauftrag entsprechen.](#)

---

## Ist **KI-generierte** Behandlungsverweigerung wie mutmasslich bei **United Healthcare** bei uns wirklich ausgeschlossen?

---

Die Häme über den Mord am CEO von United Healthcare hat kein gutes Bild des moralischen Zustands unserer Gesellschaft abgegeben. Die in keiner Weise entschuldbare Tat hat aber auch ein Problem in den Fokus des öffentlichen Interesses gerückt: Offenbar kam bei den Entscheiden, ob Behandlungen gedeckt oder ihre Zahlung verweigert wurde, eine KI zum Einsatz ([siehe Artikel Computerwoche](#)). Diese war bei wohlwollender Auslegung fehlerhaft, vielleicht aber auch absichtlich so programmiert, dass sie systematisch die Schwächen der Kundinnen und Kunden ausgenutzt hat, sprich jenen die Zahlung verweigert, die sich tendenziell nicht wehren konnten: solchen mit fehlendem Wissen, mit mangelhaften Ressourcen und mit schlechtem Gesundheitszustand.

Wäre das auch in der Schweiz möglich? Die IV-Inspektoren arbeiten mit einem Punktesystem ([siehe Artikel Ärztezeitung](#)), was theoretisch Objektivität und Transparenz garantiert, in der Praxis aber von der mitunter auch subjektiven Handhabung der Inspektoren abhängt. Bei den Krankenversicherern sieht es komplexer aus, denn sie können Behandlungen indirekt verweigern: Die Wirtschaftlichkeitsverfahren diskriminieren ganze Patientengruppen, indem sie Praxen, welche die für diese nötigen Medikamente verschreiben, [benachteiligen](#). Auch stellen wir im Rahmen unseres Engagements [igprof](#) eine gewisse Willkür fest, welche Praxen belangt werden. Wie diese Entscheide zustande kommen, ist nicht transparent, und weder das BAG noch andere Behörden supervisieren die Arbeit der Versicherer. Wir haben hier also eine Blackbox und klare Interessen vorliegen, was auch systematisch und vermittels KI ausgenutzt werden könnte.

[Die Behörden müssen ihre Verantwortung für die Wahrung der Verteilgerechtigkeit wahrnehmen, indem sie die Arbeit der Versicherer kontrollieren.](#)

---

## Hilft die **Charta der Akademien** wirklich der Förderung der **Data-Literacy** im Schweizer Gesundheitswesen?

---

Die Akademien der Wissenschaften haben im Mai 2024 eine [Data-Literacy-Charta für die Schweiz](#) herausgegeben. Neben der Förderung der Kompetenz im Umgang mit persönlichen Daten wird «die Fähigkeit zur kritischen Bewertung von Daten und darauf basierenden Aussagen» als Ziel formuliert. Die Absicht dieser Charta wollen wir hier nicht infrage stellen. Bezüglich ihrer Nützlichkeit sind wir hingegen kritisch, und unsere Kritik ist im Kern dieselbe, die wir in unserer [Stellungnahme vom Januar 2015](#) auf das im Herbst 2014 herausgegebene SAMW-Papier [«Medizin und Ökonomie – wie weiter?»](#) geäußert haben: ein falsches Assessment der Probleme führt zu Forderungen, die wenig Bezug zur Realität haben und deshalb eher ein Wunschdenken darstellen.

Das SAMW-Papier nimmt es als gegeben hin, dass die Krankenkassenökonomie sich immer mehr in die medizinischen Entscheide einmischt, und kann den Ärztinnen und Ärzten deshalb nur raten, das Beste daraus zu machen. Analog nimmt das Papier der Akademien das gegebene Datendispositiv im Gesundheitswesen hin, als sei eine kritische Bewertung ausgewählter Daten überhaupt möglich. Die Krankenkassen nehmen mit ihren Instituten und in ihrer Rolle als Auftraggeberin und Datenlieferantin der Institute de facto eine Deutungshoheit ein. Denn wer bestimmt, welche Daten wie gesammelt und wie ausgewertet werden, der bestimmt auch, was gewusst werden kann und was nicht. Wenn etwa begründende Variablen in den gelieferten Daten nicht erfasst sind, dann können die betreffenden Sachverhalte auch nicht untersucht werden, sondern nur Vorurteile bestätigt, wobei zu oft wissenschaftliche [Standards missachtet](#) werden.

[Die Schweiz braucht ein neues Datendispositiv, wie wir dies in unserem Bericht zu Datenschutz und Datenhoheit vom Juni 2018 gefordert haben.](#)